

## AKTUELL

WAHLKAMPFKOSTEN

# Amerika lässt grüßen

Richard Graf

**Ein kurzer Wahlkampf ist nicht unbedingt billiger: Die versprochene finanzielle Zurückhaltung der Parteien hat ihre Grenzen.**

Es ist nicht das erste Mal, dass die Luxemburger Parteien sich im Vorfeld eines Wahlgangs darauf verständigen, die Wahlkampfkosten möglichst niedrig zu halten. Dass es diesmal etwas hektischer zugeht, bevor die Vertreter der im Parlament vertretenen Parteien - mit Ausnahme von Déi Lénk - ihre Unterschrift unter das auf Initiative der LSAP erstellte Abkommen setzten, hatte nicht nur mit der Vorverlegung des Wahltermins zu tun.

Das Gerangel entstand wohl vor allem deshalb, weil die Wahlstrategen der an den Verhandlungen beteiligten Parteien erst dabei waren, die für sie relevanten Wahlkampfmittel genauer auszuloten, noch während die Verhandlungen zum Abkommen liefen. Seit Ende der 1990er Jahre auch in Luxemburg die Wahlkämpfe nach US-amerikanischem Vorbild „professioneller“ im Sinne der Selbstdarstellung der Parteien und ihrer KandidatInnen werden, laufen auch die Kosten davon.

Der sichtbare Teil des Wahlkampfes - also vor allem die Tonnen an bedrucktem Papier für die „toutes boîtes“ oder die an allen Straßenecken auftauchenden Wahlplakate - macht dabei nur einen Teil der Ausgaben aus. Teuer sind wohl die Beratungskosten professioneller PR-Agenturen und die Grafik-Büros, die Produktion und das Schalten von Radio-, Fernseh- und Kinospots, die im Laufe eines Wahlkampfes den Kasierern der Parteien die Schweißperlen auf die Stirn treiben.

Obwohl noch zur Unterschrift eingeladen, hat Marc Baum von Déi Lénk am Dienstag die endgültige Version des Abkommens dann doch nicht unterschrieben. Nicht weil seine Gruppierung Gefahr läuft, einen der selbstauferlegten Grenzwerte zu überschreiten, sondern weil der Kompromiss noch bis zur letzten Minute aufgeweicht worden war. Das Limit von 50.000 Euro für Werbung in den Medien war noch vor dem Wochenende auf 75.000 angewachsen. Neu war allerdings, dass die vormals ausgeklammerten audio-visuellen Medien auf einmal nicht mehr Tabu waren. Da es sich andeutet, dass die Sankt-Paulus-Medien zumindest in der direkten Wahlkampfperiode wieder auf den CSV-Staat ausgerichtet und „Fremdwerbung“ nur in eingeschränktem Maße zulassen werden, werden

RTL-Radio und Télé als Massenmedium doch für viele unumgänglich sein. Kein Wunder, dass gerade der CSV-Generalsekretär Laurent Zeimet im Anschluss an die gemeinsame Pressekonferenz hierüber sein Bedauern zum Ausdruck brachte.

Die grüne Präsidentin Sam Tanson gab sich hinsichtlich der visuellen Verseuchung durch überdimensionierte Großplakate enttäuscht: Hier wurde das Limit von 2009 zwar von 150 auf 140 herabgesetzt, aber in den Vorverhandlungen war von 100 Plakatwänden pro Partei die Rede. Pech nur, dass die ADR sich beim letzten Wahlgang mit dem Ankauf von ebensolchen Großwänden verschuldet hat, und diese nun nicht unnützlich in den Garagen der Mitglieder verfaulen lassen will.

Eine wundersame Vermehrung erfuhren auch die „Gadgets“, deren jetzt drei statt nur einer zugelassen sind: Ausgerechnet die Jugendorganisationen dienen als Alibi, weil die sich anscheinend ein eigenes Geschenk für ihr Zielpublikum leisten wollen.

## Ein Jahresbudget für die Wahlen

Wie faul der am Dienstag verabschiedete Kompromiss war, werden wir am Ende des Jahres erfahren, wenn alle beteiligten ihre Wahlkampfkosten offenlegen sollen. Zwar besteht seit dem Gesetz zur Parteienfinanzierung, das 2007 verabschiedet wurde, eine gewisse Transparenz hinsichtlich des Finanzgebarens der Parteien. Doch auf das Jahr 2003 zurückgehende Gesetz zur Finanzierung der Wahlkampagnen, das schreibt den Parteien keine maximalen Ausgaben vor. Daher ist es nicht einfach, herauszufinden, welchen Betrag eine Partei zusätzlich zu den staatlichen Zuschüssen beisteuert. Anders als etwa in Frankreich, wo die Partei des Ex-Präsidenten Sarkozy das gesetzlich geregelte Budget überschritten hatte und nun ganz auf die Zuwendungen durch den Staat verzichten muss, sind den Parteien hierzulande keine Grenzen gesetzt.

Vergleicht man die Ausgabenkonten der 2008 im Parlament vertretenen Parteien mit jenen aus dem Wahljahr 2009, so kommt man auf einen Zuwachs der Ausgaben von 4,5 Millionen Euro (CSV 1,4; LSAP 1,2; DP 0,5; Déi Gréng 0,4; ADR 0,9 und Déi Lénk 0,1), was einer Verdoppelung im Jahre 2009 gegenüber 2008 gleichkommt.

## SHORT NEWS

## Kasperletheater im CCRN

(avt) - Die Auswahl-Prozedur zur Besetzung des Direktorpostens der Abtei Neumünster (CCRN) erweist sich zäher, als erwartet. Der Kulturklingel tut sich mit der Entscheidung schwer und man fragt sich, was eigentlich hinter den Kulissen abläuft. Diese Frage stellte DP-Abgeordnete Anne Brasseur, diese Woche auch an die Kulturministerin. Von den nach der ersten Ausschreibung im März zurückbehaltenen 16 Kandidaturen, waren zwar drei in die engere Auswahl gekommen - die hätten jedoch laut dem Präsidenten des Verwaltungsrats Guy Dockendorf die Anforderungen nicht erfüllt, das CCRN doch sei „keine gewöhnliche Kultureinrichtung“. So wurde schließlich eine Agentur eingeschaltet um die Kandidaten psychologischen Tests zu unterziehen. Ob die Million Überschuss des CCRN wohl schon für das Assessment-Center draufgegangen ist? Der bisherige Direktor Claude Frisoni zeigt sich jedenfalls amüsiert und macht keinen Hehl daraus, dass sein Favorit Marc Limpach war. Dieser hatte seine Kandidatur aus Protest an der Prozedur zurückgezogen.

## L'envie d'Etienne

(lc) - « Loscht op muer », le slogan avec lequel le LSAP veut convaincre les électeurs valait-il vraiment tout le champagne et les huîtres que les socialistes ont fait servir lors de sa présentation ? Deux faits pourraient en faire douter. Car, traduit en français, on se rapproche dangereusement des « Désirs d'avenir » qui n'ont pas porté chance à leur camarade Ségolène Royal, lors des présidentielles de 2007. Et puis, « Loscht op muer » n'est pas vraiment original non plus, puisque le Mouvement écologique l'a encore utilisé cette année dans sa brochure présentant ses activités du printemps 2013. Ce qui n'a pas empêché le candidat et tête de liste Etienne Schneider de se montrer combatif et de distribuer des coups à droite et à gauche, comme avec cette petite phrase assassine : « Quand en Russie un Poutine contourne la constitution pour rester au pouvoir, ou quand au Venezuela un Chávez la fait changer pour faire de même, tout le monde crie au scandale - tandis qu'un Juncker au pouvoir depuis 18 ans et qui brigue encore un mandat, ça ne fait pas de vagues ». Ce qu'il en sera avec sa promesse d'interdire plus de deux mandats ministériels, on le saura au plus tard quand il sera élu - ou jamais.

woxx@home

## Das zweite Mal

Vieles kann bei der Produktion einer Zeitung schief gehen. Fertig redigierte Texte haben kurz vor Redaktionsschluss auf einmal nur mehr „Null KB“ Inhalt, mühsam erstellte Layouts weisen bloß noch eine gähnend weiße Fläche auf. Doch diese Pannen lassen sich, für die LeserInnen unbemerkt, beheben. Wenn dann am späten Donnerstagnachmittag die letzte Datei abgeschickt wurde, heißt es aufatmen. Klingelt dann aber irgendwann am Abend das Handy mit der Kennung der Druckerei, dann verheißt das meist nichts Gutes: Es gibt möglicherweise eine Panne und die Ausgabe wird nicht fristgerecht fertig. Das passierte am Donnerstag vergangener Woche - zum zweiten Mal in den mehr als zwei Jahrzehnten, seit unsere Zeitung existiert. Ursache war die ansonsten so hilfreiche Elektronik: Einer Platine der noch Anfang Juli generalüberholten Anlage unserer Druckerei scheinen die hohen Temperaturen der letzten Wochen schlecht bekommen zu sein. So stand die Maschine einfach still ... bis corpus delicti am nächsten Morgen das binnen weniger Minuten gefunden und ausgetauscht war. Doch da waren die BriefträgerInnen landauf und landab schon ohne die begehrte woxx unterwegs. Unsere AbonnentInnen mussten bis Montag warten - oder unsere Internetseite besuchen, da wir ersatzweise die wichtigsten Artikel schon am Freitag online gestellt hatten.